

Editorial

Liebe FriedrichshainerInnen, in dieser Ausgabe finden sie einen kleinen Rückblick auf Ereignisse am Ende des Jahres 2008 und natürlich aktuelle Termine und weitere Informationen. In unserem „roten Faden 2009“ stellen wir Ihnen Bezirksverordnete ein wenig näher vor und außerdem feiern wir in diesem Jahr unser 20 jähriges Bestehen. Da unsere Finanzierungsanträge abgelehnt wurden (weil wir nicht zielgruppenorientiert - Kinder, Senioren etc. - arbeiten), freuen wir uns, wenn Sie durch Teilnahme an unserer Tombola oder durch eine kleine Spende am Gelingen aller geplanter Veranstaltungen mitwirken.

Ein Hinweis in eigener Sache:

Aufgrund massiver persönlicher Veränderungen der Ehrenamtlichen verkürzt sich die Büroöffnungszeit vorerst auf themenbezogene Schwerpunkte (S. 2). Darüber hinaus können wir leider z. Z. nicht zur Verfügung stehen.

Wir hoffen jedoch Lösungen für das Problem zu finden, da selbst mit über 40 Stunden Anwesenheit pro Woche die anfallende Arbeit bisher kaum zu schaffen ist und wir denken nicht, daß Eure / Ihre Probleme und Fragen weniger werden, nur weil Ämter, Behörden und äußere Umstände mit uns gerade andere Pläne verfolgen.

Wir freuen uns auf Ihre/ Deine Mitarbeit, Zusendungen für die nächste Ausgabe des BE, jegliche konstruktive Kritik und finanzielle Unterstützung.

die redaktion

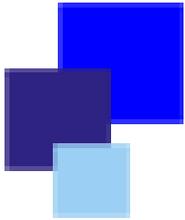


20 Jahre Bürgerengagement	S. 2-3
Initiative gegen Rechts	S. 4
(Kiez-) Nachrichten	S. 5-7
Kein Niko für Nazis / TL / Mumia	S. 8/9
Wissen ist... / Yorck im Recht	S. 10/11
Register / Recht auf Arbeit	S. 12/13
Bei anderen geäugt	S. 14
Global Playern eins auswischen	S. 15
Volksvertreter in der BVV	S. 16

Moorhuhn war gestern....



Wenn Sie Ex-Präsi Bush auch schon immer einmal einen Schuh an den Kopf werfen wollten, finden sie das ultimative kostenlose Bürospiel seit Ende 2008 auf sockandawe.com.



UBI KLIZ EV

UNABHÄNGIGE BÜRGERINITIATIVE KOMMUNIKATIVES LEBEN IN ZUSAMMENARBEIT E. V.
GEMEINNÜTZIG AUF FOLGENDEN GEBIETEN (IM SINNE DER FÖRDERUNG VON):
VERBRAUCHERSCHUTZ UND -BERATUNG, KULTUR, VOLKSBILDUNG, VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

Mieterberatung & Information

Mo 18 - 20 / Do 19 - 20 Uhr offene Beratung
(Anwälte nur für Mitglieder der BMG eV)

NEU:

ALG II (HartzIV) Beratung

Mi 17-20 Uhr

ALG I + II & Rentenberatung

(Anwältin vom Arbeitslosenverband)
jeden 3. Mittwoch im Monat 19 - 20 Uhr
Bitte melden Sie sich vorher telefonisch an!

Wir bitten alle Ratsuchenden, die thematischen Öffnungszeiten einzuhalten. Nur dann sind die Fachberater vor Ort, um bestmögliche Unterstützung geben zu können.

Aktiv im Kiez - Der Kiezpool

nach Absprache

Initiative gegen Rechts

jeden 1. Die / Monat um 19 Uhr
offenes Arbeitstreffen für Interessierte

Während der Öffnungszeiten

können Sie: drucken, kopieren, faxen, laminieren, Internet (zum Selbstkostenpreis)

& Folgendes ausleihen:

Bierzeltgarnitur, Beamer, Overheadprojektor, Flipchart

(Selbstkostenpreis, ggf. Kautions)

Achtung:

Bitte beachten Sie neuen Öffnungszeiten!

IMPRESSUM

Die Stadtteilzeitung erscheint monatlich. Beiträge sind ausdrücklich erwünscht. Namentliche Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Herausgeber: UBI KLIZ e. V.

V.i.S.d.P.: Heike Weingarten

Red.-schluß: 3. Do. des Vormonats

UBI KLIZ e. V. / Mieterladen
Kreutzigerstraße 23, 10247 Berlin

Tel. / Fax: 030 - 74 07 88 31

www.ubi-mieterladen.de

mieterladen@gmx.de

GLS Gemeinschaftsbank e. G.
Konto: 12 637 500, BLZ: 430 609 67
Spenden sind steuerlich absetzbar

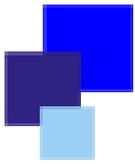
Berliner MieterGemeinschaft

Möckernstraße 92, 10963 Berlin, Tel.: 216 80 01

Wir sind Kooperationspartner von Berlins preisgünstigem und alternativem Mieterverein: Berliner MieterGemeinschaft e. V. Infos zu Mitgliedschaft, Kosten, Rechtsschutz und politischem Engagement geben wir Ihnen gerne. Ebenfalls findet bei uns die



Beratung durch qualifizierte Anwälte statt. Umfassende Infos finden Sie unter www.bmgev.de.



UBI KLIZ EV
Kreuzigerstraße 23
10247 Berlin

2009 feiern wir 20 Jahre ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement in Friedrichshain

20 Jahre bürgerschaftliches Engagement sind für uns Anlaß, das Jubiläum informativ, facettenreich und nachhaltig zu begehen. Im Rahmen einer Planungswerkstatt wurde ein Konzept entwickelt, welches nun umgesetzt werden soll und den Standort als wichtigen Informationspunkt im Gebiet und anerkanntes soziokulturelles Zentrum unterstreicht. Dem zu Grunde liegt auch, daß wir die älteste Bürgerinitiative im Stadtteil Friedrichshain nach der Wende sind.

Wir danken für das uns entgegengebrachte Vertrauen und freuen uns schon jetzt über Nachfragen und auf viele Gäste und Besucher.

Geplant sind Infoveranstaltungen zu aktuellen Themen (Gentrifizierung, Privatisierung, Berliner Modellprojekte etc.), ein Tag der Offenen Tür am 4. Juli und natürlich eine Soli-Geburtstagsparty im November im Supermolly.

Aktuelle Veranstaltung/en im Februar:

Vernissage Nr. 73

YA BASTA...ES REICHT !

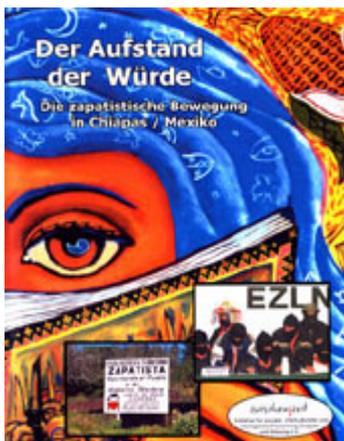
Fotoausstellung von

M. Behringer & B. Krause

**Film über die zapatistische Bewegung
von Zwischenzeit e.V.**

06.02.2009 / 19 Uhr

Am 1.1.1994 kam es in Chiapas/ Mexiko zum bewaffneten Aufstand der „Zapatistischen Armee zur nationalen Befreiung“ (EZLN). Sie forderte u.a. den Rücktritt der Regierung, eine tiefgreifende Demokratisierung des Landes, Autonomie für die indigenen Gemeinden und soziale Gerechtigkeit für die Menschen in Mexiko. Der bewaffnete Kampf dauerte nur wenige Tage. Seitdem kämpfen die Zapatistas mit Worten und Taten, indem sie autonome Strukturen in den verschiedensten Bereichen (z.B. Gesundheit und Bildung) aufbauen.



Doch ihre Errungenschaften sind durch zunehmende Militarisierung, verstärkte Repression und ökonom. Großprojekte gefährdet.

Die Veranstaltung erinnert an den 15. Jahrestag des Aufstands der EZLN und gibt einen Einblick in das Leben und den Kampf der Zapatistas.

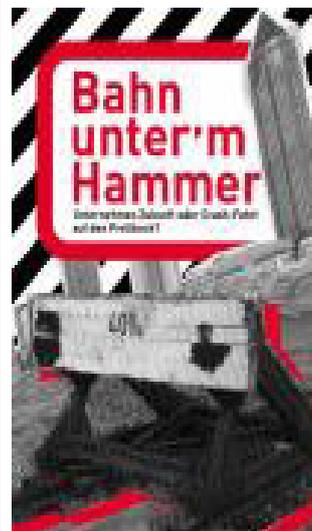
18.02.2009

Filme gegen Privatisierung

**17:30 Uhr: Wasser unterm Hammer
*Die Privatisierung eines Lebensmittels**

Der Aufklärungsfilm ist nahezu flächendeckend in Deutschland verbreitet. Überall, wo Gemeinden Gefahr laufen, ihre Stadt- / Wasserwerke zu privatisieren, wird er gezeigt. Er ist er in acht Sprachen rund um den Globus im Einsatz!

**20:30 Uhr: Bahn unterm Hammer
*Unternehmen Zukunft oder Crash-
Fahrt auf den Prellbock?**



„Der Film ist eine leidenschaftliches Plädoyer, das anhand von vielen Einzelbeispielen und mit vielen kleinen Interviews, die Risiken der Privatisierung darstellt.“

Hamburger Abendblatt
Nominiert für „Das E“ als einer der 4 besten Filme im Internationalen Wettbewerb des Filmfestes Eberswalde 2007.

Rechtsextremismus ist kein Kavaliersdelikt, sondern menschenfeindlich!



Offenes Treffen
jeden 1. Dienstag / Monat, 19 Uhr
im Mieterladen, Kreuzigerstr. 23

Das Treffen der Initiative am 10.02.09 wird sich vornehmlich mit dem aktuellem Geschehen im Kiez und der weiteren Jahresplanung 2009 beschäftigen, sowie mit dem Antrag an den Lokalen Aktionsplan des Bezirkes, um möglicher Weise endlich auch für Friedrichshain ein Register (analog Pankow und Köpenick) einrichten zu können.

Infos: www.initiative-gegen-rechts.de

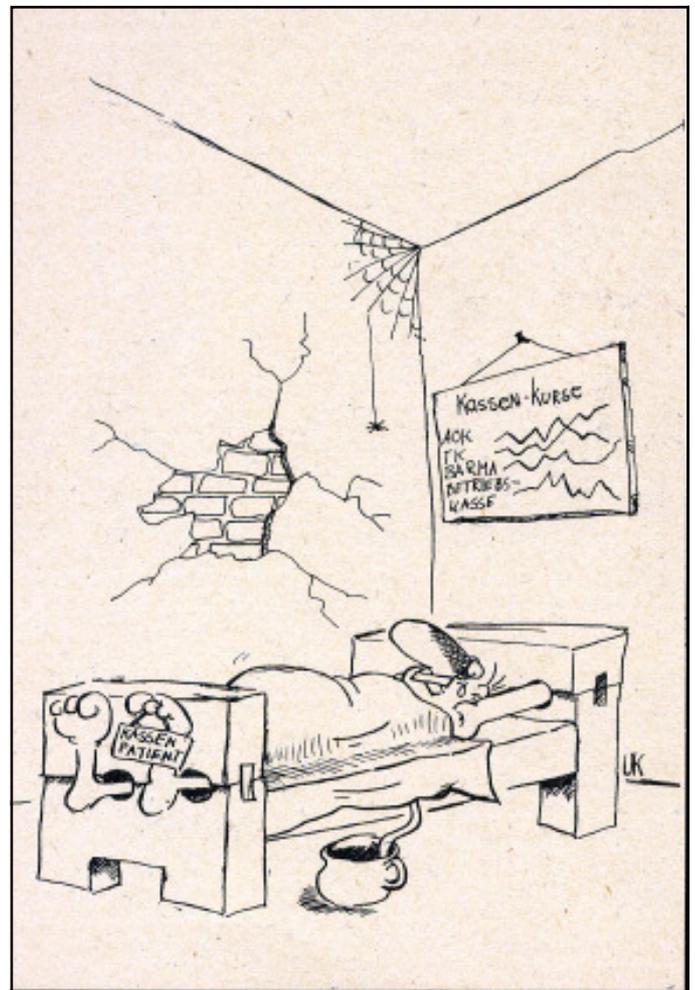
Die Veranstaltenden behalten sich vor, vom Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige Menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

Offenes
AntifaCafe



jeden 3. Donnerstag
im Monat
19 Uhr
im Vetomat
Scharnweberstr. 35
mit Vokü
mit weiteren Infos

Friedrichshain Radio - Aktiv!



+++ Nachrichten aus dem Kiez +++

Baugruppe K20

Im November 08 wurde das Haus Kreuzigerstraße 20 von der Baugruppe bezogen. Ein Kraftakt in jeglicher Weise. Im Haus wird ein kleines Hostel betrieben, was den Charakter der Straße verändert. Die Bauarbeiten haben die angrenzenden Häuser stark beschädigt, denn Betonguß wiegt mehr als Stein. Die problematischen Bodenbeschaffenheiten des Berliner Untergrundes sind bekannt.

Der Neubau hat die anliegenden Häuser, die auf einer Seite in Besitz der Bewohner sind und über lange Monate liebevoll und arbeitsintensiv saniert wurden, stark beschädigt. Risse in der Fassade, verzogene und kaputte Türrahmen sind nur ein Teil der Beschädigungen.

Ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis gab es von Beginn an nicht und nach allem, wird es das auch so schnell nicht geben. Schade, aber mithin verständlich.

Wieder ein Gewerbe weniger

Die KFZ-Reparaturwerkstatt von Boris Weigand in der Kreuzigerstr. 9 macht Ende März zu. Der Vertrag läuft aus und der neue Eigentümer hat andere Pläne mit der Remise auf dem Hinterhof. Er will teuer verkaufen. Einen neuen, bezahlbaren Standort zu finden, dem dann auch die Kunden treu bleiben, ist schwierig, ja fast aussichtslos.

Schneiderin/ Modellmacherin

Sie suchen eine nette Schneiderin/Modellmacherin, die ihr Handwerk versteht und sich Zeit für Ihre Wünsche nimmt? Dann sind Sie bei Alex Heidenreich genau richtig.

Informieren Sie sich oder vereinbaren eine Termin unter 29 00 25 82 oder 0176-64 03 52 66 oder schicken Sie Ihre Anfrage per Mail an ungestuem@yahoo.de.

Beulker-Häuser - keine Entwarnung

Für diese sieht es hingegen nicht so gut aus. Die Liebigstraße 14 ist zwischenzeitlich in Zwangsverwaltung gegangen, weil Beulker zahlungsunfähig ist. Hier gibt es nach wie vor akute Räumungsbedrohung. Es wird vermutet, daß er die Rigaer Str. 94 (hier sind die Bewohner und Projekte ebenfalls teilweise räumungsbedroht) „sauber“ bekommen will, um das Haus zu verkaufen, um möglicher Weise daraus seine Zahlungsverpflichtungen für die Liebig 14 zu decken.

Nichts genaues weiß man nicht. Beide Häuser bedürfen jedoch der weiteren Solidarität aus dem Kiez. Aktuelle Infos unter: <http://rigaer94.squat.net/>

Partyservice & Catering



Sie suchen einen professionellen, guten und preiswerten Partyservice aus dem Kiez?

Wie wäre es mit „Satansbraten“?

Nachfragen können und Informationen erhalten Sie unter 26

54 62 89 oder schicken Sie eine Mail an info@satansbraten-berlin.de

Veranstaltungsort gesichert

Das im Zuge der Wende besetzte Haus Jessnerstr. 41 wurde vor einigen Jahren von der SOG e. G. gekauft und von den Bewohnern saniert, um es langfristig dem Markt zu entziehen.

Der Supamolly ist zwar noch nicht alle Probleme los, aber alle Genehmigungen liegen nunmehr vor und der „Molly“ ist damit offiziellisiert. Herzlichen Glückwunsch!

Infos/ Programm unter: www.supamolly.de

Selbstverwaltete Ostberliner Genossinnenschaft e. G.

Die SOG e. G. gründete sich 1995, um besetzte Häuser zu kaufen und langfristig dem Markt zu entziehen. Seit 1998 ist die SOG Mitglied im Prüfungsverband der kleinen und mittelständigen Genossenschaften e. V. und wurde mit der bronzenen Ehrentafel für 10jährige Mitgliedschaft geehrt.

Die nicht profitorientiert arbeitende SOG erwarb 5 Häuser (Kreutziger 18/19/23, Jessi 41, Rigaer 85). Weitere Kosten werden durch Selbstverwaltung eingespart. Durch Mieten müssen Kredite bezahlt und Rücklagen gebildet werden. Die Häuser sind unterschiedlich in Größe und Investitionsbedarf, wodurch abweichende Mieten entstehen.

In der Kreutziger 23 liegt die Nettokaltmiete bei ca. 3,20 €/qm für eine sanierte Wohnung. Bei der Sanierung setzten die Bewohner ihre Wünsche um, bauten ihr kleines Rückzugsgebiet. Die Betriebskosten werden überwiegend selbst beeinflusst. Im Keller steht ein Blockheizkraftwerk, Internet-/Telefonzugang laufen über ein hausinternes Netzwerk und vieles mehr.

Steigende allgemeine, nicht beeinflussbare Verbrauchskosten können oft abgefangen werden. Sie ziehen oft keine Mieterhöhungen nach sich, weil rückgezahlte Kredite die Miete sogar senken könnte.

Das funktioniert selbst in einer kleinen Gebäudeeinheit mit wenigen Wohnungen, denn es gibt nur ein Vorderhaus. Selbst bei möglichem Profitinteresse, was rechtlich und wegen des Selbstverständnisses ausgeschlossen ist, könnte die Miete weit unter dem Mittel des derzeitigen Mietspiegels liegen. Es geht also.

Für die Mehrheit bleiben dies jedoch Wunschträume, denn der Mietspiegel 2009 wird wieder mit Erhöhungen aufwarten.

HOP HOP MIETENSTOP

Schon vor der Demo Ende 2008 gab es zahlreiche positive Resonanz, von der Presse, von Gewerbetreibenden und auf der Straße beim Kleben der Plakate. Entsprechend hoch war die Teilnahme an der Demo. Das Thema betrifft die überwiegende Mehrheit der Berliner Bewohner und so gesehen, hätte die Teilnehmerzahl viel höher liegen müssen.

Das Bündnis will nun weitermachen und hofft auf Unterstützung bei der Planung weiterer Aktionen, denn vor der Demo ist nach der Demo und vor der Verdrängung (Gentrifizierung) ist ... so weit soll es ja nicht kommen!

Das nächste Treffen findet am Dienstag, dem 03.02.09 um 19 Uhr im Südflügel des Bethanien statt.

RosaRose

Gemeinschaftsgarten für alle

In der Kinzigstr. 13 steht weiterhin der Rosa-Rose-Garten, offen für alle, die ein Stück Grün in der Stadt erhalten und gestalten möchten – oder sich einfach darin aufhalten möchten. Er ist ein offener Treffpunkt, der einen bewußten Umgang mit Natur ermöglicht, aber auch für Feste oder Veranstaltungen genutzt werden kann. (Innerhalb der Stadt ist er ein Raum, an dem andere Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie und Gemeinschaft gelebt werden.)

Wir sind Menschen aus der Nachbarschaft, die gerne gärtnern und sich für den Erhalt öffentlich zugänglicher, nicht-kommerziell genutzter Flächen in der Stadt einsetzen. Es geht uns darum, Gemeinschaft zu fördern, Biodiversität zu erhalten und über Ernährungssouveränität nachzudenken.

Ein Teil des Gartens wurde bereits durch den Bau eines Hauses zerstört, der Rest ist akut gefährdet.

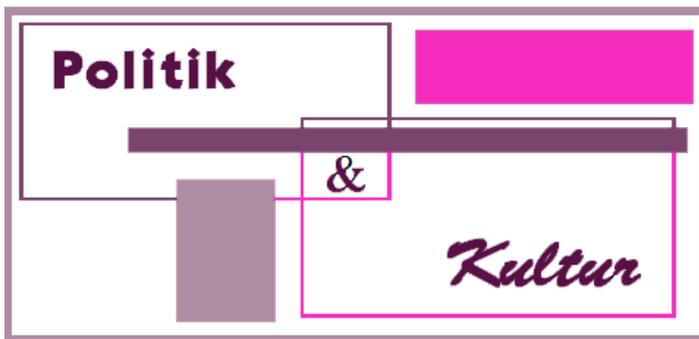
alle Garteninfos: rosarose-garten.net

Infoladen und Frauenprojekt sind für 10 Jahre gesichert

Das vor Jahren besetzte Haus Liebigstraße 34 (Ecke Rigaer Straße 97) wurde von G. Padovicz komplett gekauft, was für die Bewohner und ansässigen Projekte garantiert keine Entwarnung der Bedrohung durch mögliche Räumung bedeutete.

Der jahrelange Kampf hat aber nun ein Ende, woran auch unser Bürgermeister Dr. Franz Schulz nicht ganz unschuldig ist. Ein Danke für das Engagement aller ist an dieser Stelle mehr als angebracht.

Am 08.12.08 wurde ein 10jähriger Pachtvertrag abgeschlossen. Über das Häuser-syndikat und die GLS Bank wird nun ein Finanzierungskonzept erarbeitet, um den Standort langfristig zu sichern.



Gentechnik-Mais verändert Ökosystem nachhaltig

Forscher mehrerer US-Universitäten fanden in Flüssen in der Nähe von Maisfeldern Körner, Blätter und Pollen, die das von Gentechnik-Mais gebildete Bt-Toxin enthielten. Sie wiesen den Pollen auch im Darm von Köcherfliegenlarven nach. In Fütterungsversuchen zeigten die Forscher, daß die gefundene Dosis das Wachstum der Tiere behinderte und sie häufiger starben als Larven, die gentechnisch unveränderte Pflanzen fraßen. Köcherfliegen sind Nahrungsquelle für Fische und Amphibien. Die Studienergebnisse weist die unerwartete Auswirkung des großflächigen Anbaus von Bt-Pflanzen auf das Ökosystem nach.

Fensterputzmittel

Um Fenster möglichst streifenfrei zu putzen, dem Wasser einen Spritzer Spüli und eine Verschlusskappe Spiritus beifügen. Bei Sonneneinstrahlung sollte das Fensterputzen verschoben werden.

Bauernschläue ist negativ

Bauernschläue ist Dinge zu tun, für die andere Menschen zu moralisch sind. Deshalb handelt es sich nicht um ein Zeichen von Intelligenz, sondern beschreibt eine schlechte Eigenschaft eines Menschen.

Was ist ein Quantensprung?

Das Wort Quantensprung wird immer wieder eingesetzt, selbst von Angela Merkel, um etwas außerordentlich Großes beschreiben zu wollen, Aber was ist ein Quantensprung? Ein Elektron „springt“ von einer äußeren auf eine innere Bahn. Dabei entsteht eine Energiedifferenz. Abgeleitet ist Quantensprung vom Wort Quant, der kleinsten Einheit physikalischer Größen bei Wellenstrahlung. Da hatte ein Herr Planck um 1900 zwar eine riesige Entdeckung gemacht, jedoch handelt es sich beim Quantensprung um etwas ganz, ganz Kleines.

Mittel gegen sprödes Haar

Den Saft 1/2 Zitrone, zwei Eigelb und etwas Olivenöl ins feuchte Haar geben und 20 Minuten einwirken lassen. Mehrfach angewendet reduziert es sprödes Haar.

Spruch des Monats

Die Gesellschaft ist wie Luft; Notwendig zum Atmen, aber nicht ausreichend, um davon zuleben.

George Santayana

Kein Nikolausgeschenk für Nazis

Seit 2003 marschieren zur Weihnachtszeit 100e Nazis durch Berlin, um für ein „Nationales Jugendzentrum“ zu werben. Auch 2008 blieb uns das nicht erspart. Die Gerichte bestätigten im Vorfeld das Verbot der Gegenkundgebung durch die Berliner Polizei. Am 06.12. demonstrierten trotzdem über 1000 Menschen, gegen die die Polizei rabiat vorging. 80 Demonstranten wurden festgenommen, selbst die Lichtenberger Bürgermeisterin wurde abgeführt. Sven Kohlmeier (SPD): „Die Polizei hat die Konfrontation zwischen Staat und Bürger gesucht.“ Hat sie auch am Rande der Demo weggeschaut, als Nazis Straftaten verübten? Dies will Benedikt Lux (Grüne) erfahren haben. Jetzt sind die Vorgänge ein Thema für den Innenausschuß des Parlaments.

Zwei Mitteilungen, über die die Medien unwissentlich falsch berichteten:

Nicht 700 Nazis waren unterwegs, Beobachter sprechen von ca. 1500 und was als Erfolg gefeiert wurde (Nazis zogen nicht durch ihre Hochburg Weitlingkiez) ist

keiner. Die Nazi-Demo sollte gar nicht durch diesen Kiez führen, denn bereits 1/2 Stunde nach Domostart am S-Bf Karlsruhst stellte die Polizei Absperrgitter auf die B1. Hier war der Endpunkt geplant. Insofern waren die Presseberichte zwar ein Erfolg für Zivilcourage, der sich jedoch leider etwas relativiert. Wir sehen uns wieder im Dezember 2009, um Zeichen zu setzen!



Praxen,
Techniken, Spielräume

NGBK 2008/2009



/unvermittelt

workstation
unvermittelt feiert zehn Jahre
ideenwerkstatt e.V.
mit der Kampagne für einen
Arbeitsbegriff jenseits von
Überarbeitung und Mangel

/unvermittelt

für einen Arbeitsbegriff jenseits von Überarbeitung und Mangel

/unvermittelt

erscheint zum zehnjährigen Bestehen der workstation ideenwerkstatt Berlin e. V.

Der Reader stellt Konzepte unterschiedlichster Theoretiker_innen und Praktiker_innen vor, wie Ideen, Praxen, Strategien jenseits des gängigen Arbeitsbegriffs gedacht und umgesetzt werden können.

Herausgeberin:

Neue Gesellschaft für Bildende Kunst e. V. (NGBK)

Oranienstraße 25, 10999 Berlin, Tel.: 616 513-0

www.ngbk.de, ngbk@ngbk.de

Berlin 2008, ISBN 978-3-938515-21-1

Ausschnitte aus dem Mumia-Rundbrief 01/09

Mumias Abu-Jamals Hauptanwalt Robert R. Bryan reichte am 19. Dezember 08 den letzten möglichen Antrag für ein neues Verfahren ein. Das ist Mumias letzte Initiative, noch jemals auf juristischem Wege frei zukommen. Im Januar wird das höchste Gericht der USA, der Supreme Court, darüber nachdenken, ob sie mehr zu Mumias Antrag hören wollen und/oder ihm ein neues Verfahren geben. Das Gericht ist nicht verpflichtet, den Antrag zu hören. Mit einer öffentlichen Bekanntgabe ist laut Bryan im Februar 2009 zu rechnen. Bryan auf einer Podiumsveranstaltung am 03.11.08 in Berlin: „Sollten wir unseren Antrag vor dem Supreme Court verlieren und gleichzeitig die Staatsanwaltschaft sich durchsetzen, wird Mumia in nicht mal einem Jahr hingerichtet.“

In einem „legal update“ Mitte 12/08 faßte Bryan die Situation so zusammen: „Mumia Abu-Jamal befindet sich in der lebensbedrohlichsten Lage seit seiner Festnahme 1981.“

Im Dezember 2008 gab es eine weltweite Aktionswoche für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal. Neben vielen Info- und Kulturveranstaltungen kam es u.a. in Philadelphia, Detroit, Mexico City, Caracas, Berlin, Hamburg, Bern, Wien und Barcelona zu Protesten vor Vertretungen der US-Regierung.

Mumias Verteidigung braucht Geld. Zwar arbeiten alle Beteiligten ohne Honorar, aber alleine durch Gerichtsgebühren für eingereichte Anträge sind in den vergangenen Monaten bis zu \$ 75.000 Kosten entstanden. Es fällt leicht zu sehen, warum nur Arme in den Todeszellen der USA sitzen.

Einen detaillierten Spendenaufruf mit allen Details findet ihr hier (<http://www.freedom-now.de/news/artikel313.html>)

kleine Auswahl von Infolinks zu Aktionen in Deutschland, USA, Mexiko, Venezuela, Österreich, England...:

FREE MUMIA Demo am 13. Dezember in Berlin: Bericht von der Demo mit allen wichtigen Redebeiträgen und verschiedenen Videolinks im Anhang indymedia.org/2008/12/235990.shtml

Videobericht: Offener Brief an US-Botschafter/deutsch sevenload.com/videos/IMQwys4-offenen-Brief-deutsch

Victor Grossmann: Fight for Mumia Abu-Jamal at Brandenburg Gate (english) indymedia.org/2008/12/236357.shtml

Videoberichte von der FREE MUMIA Demo in Philadelphia am 6.12.08 (engl) <http://phillyimc.org/en/video-report-dec-6-protest-mumia-philadelphia>

Berichte zu FREE MUMIA Aktivitäten in Mexico (engl) <http://phillyimc.org/en/mexico-citys-week-solidarity-mumia-abu-jamal>

Venezuela: <http://phillyimc.org/en/braulio-alvarez-statement-mumia-member-venezuelan-assembly>

England: <http://phillyimc.org/en/british-parliamentary-showing-prison-my-whole-life>

Berlin: Videobericht mit einigen Impressionen vom FREE MUMIA Solikonzert im SO 36 von TOP TV <http://de.sevenload.com/videos/gVTzfm6-Mumia-Aktionswoche>

Jeden Mo, 18:00 Mumia-News im Radio: Internat / Radio-Metropolis.de: <http://85.214.123.163:8000/metropolis.m3u> oder im Berliner Raum auf 97,2 UKW (OKB-Radio)

*Berliner Bündnis
Freiheit für Mumia Abu-Jamal
im Haus der Demokratie
Greifswalderstr.4, 10405 Berlin
mumia-hoerbuch.de/bundnis.htm*

Wissen ist Macht

Wir stellen unregelmäßig Zeitungen, Zeitschriften oder Informationsbroschüren vor, die sicher nicht allen Lesern bekannt sind. Wir geben damit einen Einblick in die Vielfalt der Medienlandschaft und fordern Sie

gerne zur Meinungsbildung auf, die sich nicht auf die der „einen Zeitung“ oder ähnlichen Medienprodukte beschränken sollte, denn dann ist Mensch alles andere als umfassend und aktuell informiert. Heute:



2700 Jahre altes Cannabis

In einem Grab, in der chinesischen autonomen Region Xiang, wurde ein 2700 Jahre altes Grab entdeckt, dessen Inhalt Aufschluß über die Lebensweisen und Umgang mit dem Tod gewährt.

Dem Leichnam, des wohl blonden Verstorbenen, wurden neben einer Art Harfe und eines Bogens, ebenfalls 789 Gramm Marihuana beigelegt, um seinen Übergang in die andere Welt genüßlich zu bewerkstelligen. Das antike Marihuana konnte recht exakt analysiert werden. Die Ergebnisse seinen eindeutig und sagen aus, daß es sich um Konsumware handeln würde, die für „psychoaktive Zwecke“ eingesetzt wurde. Das Cannabis sei trotz dieses langen Zeitraums zum Teil immer noch grün und verströme den gewissen Duft.

Auch wenn sich der THC Gehalt nicht quantitativ bestimmen ließ, gehen die Wissenschaftler von einer hoch potenten Sorte aus. Die Frage, in welcher Form das Kraut geraucht wurde, konnte aber derzeit nicht geklärt werden....die Redaktion tippt auf Erdloch, vermutlich ist der Konsument einfach drinnen geblieben.

Achtung!

Jeder Mißbrauch von Drogen ist gefährlich! Wir wollen niemanden dazu auffordern oder animieren, Drogen zu konsumieren oder zu verbreiten.

JuLis wollen kiffen

Der 69. Landeskongreß der Jungen Liberalen (JuLis) Bayern in Regensburg hat sich für einen deutlich liberaleren neuen Kurs in der Drogenpolitik ausgesprochen, eine umfangreiche Aufklärungsarbeit soll künftig im Mittelpunkt stehen. (Presseerklärung vom 19.11.08) Deutlich mehr Eigenverantwortung der Bürger fordern die JuLis Bayern beim Thema Cannabis. Hier soll die derzeitige restriktive Prohibition abgeschafft werden, die hunderttausende Konsumenten ungerechtfertigt kriminalisiert.

„Natürlich ist der Konsum von Cannabis schädlich, das wollen wir auch gar nicht in Abrede stellen. Aber Alkohol, Tabak, Extremsport und falsche Ernährung sind das ebenfalls“ erklärt der Landesvorsitzende René Wendland. Hier würde der Staat sich auch nicht einmischen und den Bürgern vorschreiben, wie sie zu leben haben. „Wir wollen, daß Erwachsene ab 18 Jahren als mündige Bürger frei entscheiden dürfen, ob sie Cannabis - in welcher Form auch immer - konsumieren möchten. Die Anzahl der Cannabistoten beträgt weltweit genau Null. Und trotzdem versucht man, aus Cannabis einen üblen Dämon zu machen, während man Alkohol als Kulturgut schätzt“, begründet Mit Antragsteller Josef Hemm den Vorstoß... Ein staatliches Monopol auf Cannabis-Erzeugnisse lehnen die JuLis Bayern ebenfalls ab.

Kammergericht am 15.12.08:

Kein Hausfriedensbruch in der Yorck59, 145 ungültige Strafbefehle und eine rechtswidrige Räumung am 06.06.05. In der 3. Instanz verhandelte das Gericht den Fall von Karla D.*. Ihr wurde wie 144 weiteren Personen vorgeworfen, am 06.06.05 durch ihren Aufenthalt in den Räumen der Yorck59 gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch begangen zu haben. Strafantrag stellte Hauseigentümer Marc Walter auf Anraten der Polizei am 30.05.05 gegen Unbekannt. Der aktuelle Beschluß bestätigt das vorangegangene Urteil des Oberlandesgerichts (16.04.08), dem zufolge der Hauseigentümer zum Zeitpunkt der Räumung unberechtigt war Strafantrag zu stellen, denn gemäß Mietrecht liegt das Hausrecht bis zur Räumung durch den Gerichtsvollzieher bei den MieterInnen und ohne Hausrecht kein Hausfriedensbruch. In dem Fall handelte es sich um ca. 50 UntermieterInnen des Hausvereins Färbung e.V., auf den die Hauptmietverträge ausgestellt waren.

Weiterhin bestätigte das Gericht, daß der Gerichtsvollzieher Thomas Luedtke mit der Amtshilfe von 500 Polizeikräften das Hausprojekt ohne die notwendigen Titel räumen ließ. Mit dieser Entscheidung ignorierte Luedtke Untermietverträge und handelte in logischem und rechtlichem Widerspruch zu einer Auskunftsklage, durch welche der Hauptmieter zur Herausgabe der Namen aller UntermieterInnen gezwungen wurde, um Räumungstitel gegen die tatsächlichen HausbewohnerInnen ausstellen zu können. Bis zum 06.06.2005 lagen die Namen weder der Hauseigentümerin „Yorck59 Gbr“ noch dem Gerichtsvollzieher vor.

Das verbissene Vorgehen der Staatsanwaltschaft zeigt die politische Brisanz der Gerichtsentscheidung; denn trotz dünner

rechtlicher Grundlage war das vergleichsweise kleine Verfahren gegen Karla D. -Strafmaß 10-30 Tagessätze- bis in die 3. Instanz getrieben worden. Insofern stellt das Urteil für die Staatsanwaltschaft eine Blamage dar: 145 ungültige Strafanträge (145 Einzelverfahren). Für alle offenen Verfahren wird eine Einstellung auf Kosten der Staatskasse erwartet. Seitens der Yorck59-UnterstützerInnen wird nun geprüft, ob eine Wiederaufnahme bereits abgeschlossenen Verfahren möglich ist.

Die Räumung ist nachträglich als gesetzeswidrig anzusehen. Die Feststellung rändert an den Tatsachen nichts, denn das Haus ist weg. Was bleibt ist ein politischer Skandal, zumindest innerhalb der Logik des Rechtsstaats. Wie in den Aussagen der Polizeibeamten vor Gericht deutlich wurde, waren sie vom gleichen Hausbesetzerdiskurs benebelt, wie er von der Boulevard-Zeitung BZ geführt wurde: Sie sehen wie Besetzer aus und hängen Transparente aus ihren Fenstern; sie treten wie Besetzer auf und solidarisieren sich mit solchen - da wird der juristische Status als gewöhnliche MieterInnen gerne unterschlagen.

An dem, was geschehen ist, rüttelt das Urteil nicht aber es stärkt den Rücken und motiviert mit dem politischen Druck für alle weiteren Kämpfe.

Mietsteigerungen stoppen!

WANN wenn nicht JETZT!

Widerstand zünden!

WO wenn nicht HIER!

Wir bleiben Alle!

WER wenn nicht WIR!

*Bö 9, Brunnen 183, Liebig 14/34, Linien
206, Reiche 63 A/114, Rigaer 94,
Schokoladen-Acker 169, Scharni 29,
Wagenplatz Schwarzer Kanal,
NewYorck im Bethanien
die Unterstützer_innen der Yorck59
Historisches: yorck59.net/alt/index.html
Aktuelles: wba.blogspot.de*

Das Register

Wer macht was in Friedrichshain

eine Vorstellung von aktiven Gruppen
- ein Blick über den Tellerrand nach Mitte -



Seit 1990 besteht in der Ackerstraße 169/170 das Wohn- und Kulturprojekt SCHOKOLADEN. Seit damals wird in dem Haus gemeinschaftlich gewohnt und alternativ und bunt Kultur produziert. In den 18 Jahren des Bestehens ist der Schokoladen mitsamt seiner gegenwärtigen und ehemaligen Teilprojekte (Kultur-Cafe, Schokoladen, Cimicbibliothek Renate, Club der Polnischen Versager, Orph-Theater, Scheinschlag) zu einem wichtigen Faktor der alternativen Kulturszene in Berlin geworden und erhält Anerkennung und Zuspruch über Stadt- und Landesgrenzen hinaus.

Gegenwärtig betreibt der Eigentümer eine Entmietung des Gebäudes und versucht, nach einem gescheiterten illegalen Räumungsversuch im Sommer 2008, die NutzerInnen und BewohnerInnen auf rechtllichem Wege los zu werden.

So wurden die seit 1991 vermieteten Gewerberäume im Erdgeschoß und in der Hinterhof-Fabrik gekündigt (seit Ende Nov. 08 ist eine Räumungsklage anhängig) so-

wie die WohnungsmieterInnen mit obskuren Begründungen (angeblich illegale Nutzung von Kellerräumen und eines Fahrradschuppens) und Androhung der Kündigung mehrmals abgemahnt. Konzepte des Hausvereins, die einen Verbleib der Kultur- und Wohnstruktur auch nach einer Sanierung ermöglichen sollten, wurden vom Eigentümer mehrfach ignoriert oder als in-diskutabel abgelehnt.

Wir können nur vermuten, daß der Eigentümer, die Beteiligungsgesellschaft Frieder Trier GmbH & Co. KG die Zerstörung von gewachsenen kulturellen Freiräumen und gemeinschaftlichem Wohnraum in Kauf nimmt, um seine Profite zu erhöhen. Wer sich für die genauen Motive dieses Handelns interessiert, könnte diese nur direkt beim Geschäftsführer der Eigentümergesellschaft erfragen:

Herr Markus Friedrich
Beteiligungsgesellschaft
Frieder Trier GmbH & Co. KG
c/o Fliesen-Zentrum Deutschland GmbH
Berliner Straße 30m
14979 Großbeeren
Tel.: 033701-20100
markus.friedrich@fliesen-zentrum.de

Unterstützt den Schokoladen:
Verein für alternative Kultur in Mitte
Golden Acker e. V.
Ackerstraße 169/170
wirbleiben@schokoladen-mitte.de
www.schokoladen-mitte.de

Recht auf Arbeit

Das Menschenrecht auf Arbeit fristet in Deutschland ein Schattendasein...

In der Menschenrechtscharta von 1948 steht: "Jeder hat das Recht auf Arbeit"..., rechtsverbindlich ist die Erklärung nicht. Seit 1966 liegt der völkerrechtlich verbindliche UN-Sozialpakt vor, den 158 Staaten ratifizierten, darunter Deutschland... Demnach haben Bürger zwar keinen Anspruch auf einen Arbeitsplatz, erläutert die Münchner Professorin für Wirtschaftsrecht, Marita Körner. Der Staat sei aber verpflichtet, eine Politik der Vollbeschäftigung zu verfolgen. Der Sozialpakt macht dabei kaum exakte Vorgaben, er bietet vielmehr Orientierung für die politische Debatte. Der Bremer Arbeitsrechtsprofessor Wolfgang Däubler nennt ein Beispiel: Wenn Politiker nun - angesichts steigender Arbeitslosenzahlen - den Kündigungsschutz abschaffen wollten, ... , wäre aus seiner Sicht das Recht auf Arbeit verletzt. Denn gleichzeitig würden Entlassungen erleichtert.

Das Recht auf Arbeit sei vor allem dazu geeignet, politische Forderungen zu untermauern, betont auch Körner. Genau das macht die IG Metall zur Zeit in ihrer Leiharbeiter-Kampagne. Laut Sozialpakt haben die Menschen Anspruch auf "angemessenen Lohn und gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit". Durch die unterschiedliche Bezahlung von Zeitkräften und Stammpersonal werde "Menschenrecht tagtäglich mißachtet". In rund 400 Betrieben hat sie mittlerweile Verbesserungen erreicht.

Vor Gericht "Equal Pay" durchzusetzen, ist schwierig. So hat das Bundesarbeitsgericht 2004 entschieden, daß ein Leiharbeiter weniger verdienen darf als Stammpersonal, weil Gewerkschaften selbst die niedrigeren Entgelte vereinbart haben - und das Grundgesetz schützt die Tarifautonomie. Zudem sei die Zeitarbeitsbranche ein eigener Wirtschaftszweig...

Betrachtet man das Recht auf Arbeit isoliert, gab es eher Rückschritte, meint Däubler. "Es gab... Zeiten, in denen das Recht auf Arbeit für 1/3 der Weltbevölkerung verwirklicht war." Und zwar in den realsozialistischen Ländern. "Der Preis war allerdings sehr hoch: Die Wirtschaft stagnierte, weil sie dilettantisch organisiert war: Es gab zu wenig Leistungsanreize, geringe Innovationskraft und mangelnde Produktivität." ... Staaten wie Dänemark zeigen jedenfalls, daß auch in freiheitlichen Gesellschaften Vollbeschäftigung zumindest zeitweise möglich ist.

Weltweit gab es 2007 rund 180 Mio registrierte Arbeitslose, berichtet die ... ILO. Seit Jahren pendelt die offizielle Arbeitslosenrate um 6 %. Noch sehr viel mehr Menschen sind demnach arm trotz Arbeit: 1300 Mio Beschäftigte verdienen so wenig, daß ihre Familien täglich mit weniger als 2 \$ pro Kopf auskommen müssen. Seit 1991 ist der Anteil arbeitender Armen gesunken: von 62 auf 44 %...

Das Ziel, menschenwürdige Arbeit für alle, sei nur dann zu erreichen, wenn die Leute selbst mitbestimmen können, was humane Arbeit für sie bedeutet. Deshalb ist es sogar ein Menschenrecht, Gewerkschaften beizutreten...

Ein Riesenproblem ist es, daß Gewerkschaften bestimmte Gruppen nur schwer erreichen. Dazu gehört das neue Prekariat sowie Menschen im informellen Sektor - also kleine Selbstständige, Hausangestellte, Wander- und Gelegenheitsarbeiter. In Lateinamerika arbeiten laut ILO über 75 % in der informellen Wirtschaft, im südlichen Afrika noch mehr.

Das bedeute: Manche Beschäftigte sind geschützt, die Mehrheit jedoch nicht. Um dies zu ändern, sei ein starker politischer Wille nötig.

Eva Roth



BEI ANDEREN GEÄUGT



Das Comeback des Peter Hartz

Die Reform des Arbeitsmarkts basiert auf seinen Ideen, jetzt mischt sich Peter Hartz wieder in die Politik ein - und entwirft ein Konzept für den Arbeitsmarkt im Saarland... Der frühere VW-Manager Peter Hartz entwirft dem Bericht zufolge ein neues Konzept für den Arbeitsmarkt im Saarland. Hartz arbeite seit Monaten mit Wissenschaftlern an dem Programm, der Langzeitarbeitslosen zu einem neuen Job verhelfen und im Saarland getestet werden

soll. Dabei soll es auch um Coach-Programme für Langzeitarbeitslose gehen... Eine Kommission unter Leitung von Hartz machte 2002 im Auftrag der rot-grünen Bundesregierung Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarktes. Hartz war im Januar 2007 als Ex-VW-Arbeitsdirektor in der Affäre um Lustreisen und andere Vergünstigungen für Betriebsräte zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden.

Süddeutsche Zeitung 25.11.2008

Residenzpflicht: Reiseauflagen für Hartz-IV-Betroffene

Die sogenannte Residenzpflicht gilt nicht nur für Flüchtlinge. »Auch die Ärmsten des Landes, die Hartz-IV-Betroffenen, werden mit Reiseverboten überzogen«, erläuterte Thomas Aleschewsky vom Hessischen Flüchtlingsrat in einem Workshop des Sozialforums in Frankfurt am Main. Erwerbslose, die Arbeitslosengeld II erhalten, müssen sich an Werktagen grundsätzlich »innerhalb des zeit- und ortsnahen Bereichs« des Wohnsitzes aufhalten und die Post täglich entgegennehmen, steht in der sogenannten Erreichbarkeitsordnung (EAO). Vor Aufnahme ehrenamtlicher Tätigkeiten oder der Teilnahme an staatspolitischen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Veranstaltungen müssen sich Betroffene die Erlaubnis dazu bei der Arbeitsagentur einholen und auch dort an Werktagen per Post jederzeit erreichbar sein. Wer sich daran nicht hält, dem droht eine Kürzung um zehn Prozent des mickrigen Arbeitslosengelds II von höchstens 351 Euro – bei weiteren Verstößen bis zu 60 Prozent. Der Sozialarbeiter Aleschewsky aus Kassel hat diese entwürdigende Prozedur selber erleben müssen: Als er Teil-

nahme- und Fahrtkosten für eine Fortbildung zum Thema »Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge« beantragte, habe er ein Schreiben erhalten, in dem es sinngemäß hieß: »Sie wissen, daß Sie nur dann wegfahren dürfen, wenn wir Ihnen das vorher erlauben.« Am Tag vor der Fortbildung habe er eine Anordnung zur persönlichen Vorsprache erhalten – zeitgleich mit der Veranstaltung.

Auf Anfrage der Linkspartei in Kassel, wie viele Personen 2008 sanktioniert wurden, lautete die Antwort: Bei 533 ausgesprochenen Sanktionen seien 73 Personen die Leistungen zu 100 Prozent gestrichen worden. Grund der Kürzungen sei bei 49,9 Prozent »die Weigerung der Meldung beim zuständigen Träger« gewesen. Klartext: Der Termin wurde aus irgendwelchen Gründen verpaßt. Aleschewsky hält diese Vorschriften für eine unangebrachte Pädagogisierung. Hierin drücke sich ein grundsätzliches Misstrauen des Staates aus, das zur Entmündigung der Betroffenen führe. (düp)

www.jungewelt.de/2008/12-02/013.php

<http://www.jungewelt.de>

Mit gutem Gewissen den Global-Playern eins auswischen!

Fast jeder zweite Deutsche würde seinen Energieanbieter wechseln. Tatsächlich haben es erst ca. 6 % der Privathaushalte und Kleingewerbebetriebe getan. Wechseln ist doch so einfach und wenn, dann gleich richtig und ganz auf Öko setzen. Für folgenden Anbieter, von dem wir privat schon seit Jahren Energie beziehen, machen wir gerne Werbung.

Selbst der Deutsche Bundestag setzt seit Kurzem auf 100 % Ökostrom. Das wurde ja auch langsam Zeit. Während die politischen Parteien noch über die zukünftige Energieversorgung Deutschlands diskutieren, erfolgt die eigene Stromversorgung bereits CO₂-frei und regenerativ! Seit 01.10.08 beziehen die Liegenschaften des Deutschen Bundestages, darunter auch das Reichstagsgebäude, Strom von LichtBlick. Durch den Wechsel kann die Bundestagsverwaltung bis Ende 12/2009 ca. 8.000 Tonnen CO₂ einsparen. LichtBlick konnte sich in einer europaweiten Ausschreibung durchsetzen. Eines der wichtigsten Kriterien war dabei der Umfang der im Lieferzeitraum erzielten nachweislichen CO₂-Minderung. Diese muß pro Jahr mindestens 30 % der Menge an CO₂-Emissionen betragen, die beim Bezug eines durchschnittlichen bundesdeutschen Strommixes entstehen würde. Außerdem soll der bereitgestellte Strom während des gesamten Lieferzeitraumes zu 100 % aus erneuerbaren Energien erfolgen. LichtBlick überzeugte mit der Erfüllung aller Forderungen zum besten Preis.

LichtBlick-Strom

stammt zu 100% aus regenerativen Energiequellen – ohne Atomkraft und Kohle. Selbstverständlich garantieren wir unseren Kunden langfristig eine sichere, zuverlässige Versorgung zu einem fairen Preis-Leistungs-Verhältnis. Als Interessent erhalten Sie eine persönliche Energieberatung.

Übrigens hatte LichtBlick Mitte 2008 trotz steigender allgemeiner Energiekosten seinen Strompreis gesenkt!

19,99 Cent/ kwh

Grundpreis 7,95 Euro/Monat

LichtBlick-Gas

Privatkunden bietet LichtBlick seit Oktober 2007 ein umweltfreundliches Gasprodukt an. Im Unterschied zu herkömmlichem Erdgas enthält es einen Biogasanteil, der in der aktuellen Zertifizierungsphase (01.10.2007 bis 30.09.2010) im Mittel mindestens 5 % beträgt. LichtBlick beginnt mit dieser zunächst geringen Beimischungsquote, da es erst seit Kurzem überhaupt möglich ist, Rohbiogas auf Erdgasqualität aufzubereiten, und Biogas immer noch deutlich teurer ist als Erdgas. Erklärtes Ziel ist es jedoch, die Beimischungsquote kontinuierlich zu erhöhen. Zwar setzt Biogas bei seiner Verbrennung auch CO₂ frei, allerdings nur genau die Menge, die seine Ausgangsstoffe der Atmosphäre zuvor entzogen haben. Der CO₂-Kreislauf ist folglich geschlossen und die Klimabilanz neutral. Ihre Entscheidung für LichtBlick-Gas trägt aktiv dazu bei, die Nachfrage nach umweltfreundlichem Biogas zu erhöhen.

7,65 Cent/ kwh

Grundpreis 9,90 Euro/Monat

Sie erhalten eine übersichtliche Abrechnung und weitere Informationen. Sollte es doch Probleme geben, erreichen Sie immer einen Ansprechpartner und das Problem wird sofort gelöst. Alles in allem, gibt es keinen Grund nicht zu wechseln und schon gar keinen es nicht mit LichtBlick zu versuchen!

Der rote Faden 2008: Unsere Vertreter in der BVV FH-KB (*)

Jedes Jahr haben wir einen „roten Faden“, der sich durch alle Ausgaben zieht. Im Jahr 2009 möchten wir Bezirksverordnete kurz vorzustellen. Wir haben an alle folgende Fragen gerichtet und Antworten erhalten, die wir nach Reihenfolge des Zugangs gerne veröffentlichen. An alle BVVler/innen an dieser Stelle ganz herzlichen Dank, daß die Idee positiv aufgegriffen wurde und es zahlreiche Rückmeldungen gab.

(*) Bezirksverordnetenversammlung des Bezirkes Friedrichshain-Kreuzberg

Rüdiger Brandt (Bündnis 90 / Die Grünen)

1. Seit wann leben Sie im Bezirk und in welchem Stadtteil?

Ich lebe seit 1990 in Kreuzberg (mit einer einjährigen Unterbrechung in Prenzlauer Berg).

2. Seit wann sind Sie BVV-Verordneter?
Seit Oktober 2006.

3. In welchen Themenbereichen engagieren Sie sich besonders?

Ich bin Mitglied in den Ausschüssen Wirtschaft, Bürgerdienste und Ordnungsamt; Soziales und Gesundheit; Beschäftigung und Jobcenter.

Für 2009: Mitglied des Beirates des Jobcenters für die BVV.

4. Üben Sie weitere Funktionen aus?

Ausschussvorsitzender Beschäftigung und Jobcenter; Stellvertretender Ausschussvorsitzender Wirtschaft, Bürgerdienste und Ordnungsamt.

5. Was schätzen Sie an unserem Bezirk?

Ich schätze den kulturellen Reichtum, die Vielfalt und die Kompetenz des Zusammenlebens trotz bestehender Konflikte und sozialer Spannungen, die sich aus der hohen Arbeitslosigkeit und der Armutssituation vieler Menschen im Bezirk ergeben. Ich bin also von der ausgebauten Fähigkeit der Menschen im Bezirk überzeugt, sich miteinander im zivilen Interessenausgleich zu arrangieren.

6. Was mögen Sie nicht an unserem Bezirk?

Bedenklich ist die Mieten- und Nebenkostenentwicklung, die zunehmend nicht mehr finanzierbar ist. Ein Defizit stellen auch die Schulen in ihrer baulichen und institutionellen Situation dar: hier besteht ein hoher Investitionsbedarf in das gleiche Recht auf Bildung für alle Kinder und Jugendlichen; nicht zuletzt zur Konjunkturbelebung.

7. Auf welche nicht gestellte Frage hätten Sie gerne eine Antwort gegeben?

Es besteht ein Defizit der Vermittlung, auf welchen politischen Ebenen wirkungsmächtige Entscheidungen zu welcher fachpolitischen Frage getroffen werden (können) bzw. wer die Verantwortung für Nichtentscheidungen oder gar Blockaden gegenüber möglichen Lösungswegen trägt.

Das weist natürlich auf „uns“ in politischen Funktionen zurück. Die ehrliche und verantwortliche Kommunikation über Entscheidungswege, Institutionengefüge und gesetzliche Bindungen ist eine schwierige Aufgabe, für die ich mir manchmal ein wenig mehr Verständnis der Bürger/innen erhoffe.

Rüdiger Brandt

Tel.: (030) 692 29 86

Mobil: 0178 33 111 29

eMail: ruediger.brandt@gruene-berlin.de